



Die Kriminalisierung der Opposition

Bild: Metropolico



Es gibt viele Gründe, gegen die herrschende Politik zu sein: Die Euro-Rettungspolitik ließ den Wert des Euros abstürzen. Globale Lieferengpässe sorgen für einen zusätzlichen Preisanstieg, weil unser Land dank der Industriepolitik der Altparteien in die Abhängigkeit von China geraten ist. Die politische Bekämpfung von Gas-, Kohle- und Kernenergie beschert uns die höchsten Strom- und Gaspreise der Welt. Gasabschläge von 400 Euro pro Monat für eine Familie sind keine Seltenheit, weil Nord Stream 2 auf Wunsch der Amerikaner geschlossen bleibt und Deutsch-

sprechen hat man gebrochen. Die Migrationspolitik sorgt dafür, dass das noch vorhandene Geld nicht den Betroffenen des eigenen Volks zugutekommt. Das Vertrauen in die Verfassungsgerichte ist kaum noch

Oppositionsbekämpfung ausgerichtet.

Maier ist für seine Neigung bekannt, Oppositionelle zu diffamieren. Gegner seiner Coronapolitik bezeichnet er als »Querdenker«, »Coronaleugner«

Verfassungsschutzabteilung in Maiers Ministerium als »extremistisch« eingordnet, obwohl sie von einer breiten Mitte der Bevölkerung getragen werden. Die Zahl der vermeintlichen Extremisten steigt so zwar in der Statistik stark an, die Zahlen bleiben aber ohne Realitätsbezug.

Selbst halb scherzhafte Vergleiche der linken Proteste gegen die Wahl Kemmerichs zum Ministerpräsidenten mit dem Vorgehen autoritärer Staaten führen so zum Eingang in den Verfassungsschutzbericht. Der zu laut erzählte »Honni-Witz« und seine Folgen grüßen aus der Vergangenheit. Währenddessen darf die Opposition aber gern mit Nazis verglichen werden.

Lassen Sie sich den Protest daher bitte nicht ausreden: Die demokratischen Gepflogenheiten werden nicht von den protestierenden Menschen missachtet. Sie haben das Recht, dagegen zu sein!

Stefan Möller

Der Weg vom Rechtsstaat zur Gesinnungsdiktatur

existent, weil die Richter von den Altparteien gezielt ausgesucht werden und auch so urteilen

Was macht eine Regierung, die einerseits um diese Umstände weiß, andererseits aber ihre Politik nicht ändern möchte? Sie kriminalisiert und diffamiert die friedliche Opposition. Die Landesregierung will damit all jene vom Protest abhalten, die noch unter dem Einfluss der parteinahen Konzernpresse und des öffentlichen Rundfunks stehen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Thüringer Innenministerium. Mit dem SPD-Mann Georg Maier an der Spitze wurde es in den letzten Jahren gezielt auf die

und »Verschwörungsverbreiter«. Kombiniert werden diese Anwürfe von Maier oft mit der Behauptung angeblich drohender Gewalttätigkeiten. Parlamentarische Anfragen der AfD-Fraktion brachten jedoch ans Licht, dass Maiers Behauptungen keine Faktengrundlage haben. Sie dienen offenbar auch als Ausrede dafür, dass Maier friedliche Demonstrationen durch die Polizei auflösen ließ, wobei es zu Gewaltexzessen gegen Demonstranten kam.

Hinzu kommt ein typisches Kommunikationsmuster: Überzeugungen, die den Regierenden nicht passen, werden von der

Das ist nicht unser Krieg!

Wer die geostrategische Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges kennt, weiß, daß es sich beim Ukraine-Krieg in Wahrheit um einen amerikanisch-russischen Krieg handelt, bei dem die Ukrainer genauso wie wir Deutschen lediglich als Bauern über das eurasiatische Schachbrett gezogen werden.

Nichts verpflichtet uns, für die Kriegskosten aufzukommen oder sonst irgendwie durch Einmischung zu einer Verlängerung des Krieges beizutragen. Damit macht die Bundesregierung unser Land selbst zur Kriegspartei, und es wird im Falle einer weiteren Eskalation zu einem möglichen Atombombenziel. Aus »Solidarität mit der Ukraine« wird deutschen Bürgern nun ein regelrechter »Kriegswinter 2022« zugemutet! Selbstverständlich muß es einen Beitrag Deutschlands geben, wenn in unmittelbarer geographischer Nachbarschaft ein blutiger Konflikt tobt. Der sollte aber zum Ziel haben, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Björn Höcke



Folgen Sie uns auf Telegram!

land zur Kriegspartei im Ukraine-Krieg gemacht wurde. In Thüringen werden Wahlergebnisse ignoriert, eine Ministerpräsidentenwahl wird rückgängig gemacht und das Neuwahlver-



Die Energiekrise nimmt weiter Fahrt auf. Stiegen die Energiepreise bereits durch die sogenannte Energiewende und Hochbesteuerung, kommt nun Energieknappheit hinzu, die eine existenzbedrohende Gefahr für Bürger und Unternehmen ist. Der Ukraine-Krieg wirkt dabei wie ein Brandbeschleuniger.

Abschaltung der Kernkraftwerke

Ende 2022 sollen die letzten Kernkraftwerke vom Netz genommen werden. Dieser Atomausstieg wurde 2011 von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossen, mit Beifall von Linken, Grünen und SPD. Mit der Abschaltung fallen fast 4.500 Megawatt aus, CO₂-frei produziert. Ein »Streckbetrieb« würde die Laufzeit verlängern, aber nicht die Strommenge erhöhen. Letztlich muss Deutschland Energie importieren, was sich auf den Preis auswirkt und die Abhängigkeit erhöht.

Nord Stream 1 und 2

Die 2011 in Betrieb genommene Pipeline Nord Stream 1 transportierte jährlich knapp 60 Milliarden Kubikmeter Gas. Durch Wartungsarbeiten und die mit den Russland-sanktionen verbundenen Liefer-schwierigkeiten wurde der



Gaslieferungen aus Rußland: Die bestellte Energiekrise

Bild: Oliver Boehmer / iStock

Betrieb gedrosselt. Das Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2 war zuvor schon Ende 2021 durch die Bundesregie-

**Nord Stream 2
jetzt öffnen!**

rung gestoppt. Mit verheerenden Folgen insbesondere für energieintensive Unternehmen und ostdeutsche Stadtwerke und deren Kunden.

Energiewende

Die Forcierung nicht grundlastfähiger, vom Wetter abhängiger Energieerzeugung hat Deutschland und Thüringen erst in diese Lage gebracht.

Die Weigerung der Altparteienpolitiker, eine realistische, vernünftige Energiepolitik im Sinne der Wirtschaft und der

Bevölkerung zu gestalten, hat einen immer höheren Preis, im wahrsten Sinne des Wortes. Eine Wirtschaftsnation braucht eine zuverlässige, bezahlbare Energieversorgung. Deutschland hat es aber versäumt, an Kernkraftwerken zu forschen, die weniger oder gar keinen »Atommüll« mehr erzeugen, weil der politische Wille nicht vorhanden ist. Es

mangelt an modernen, sauberen Gaskraftwerken. Stattdessen wird die Landschaft durch Windkraftanlagen industrialisiert, mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Natur. Dass nun Kohlekraftwerke wieder betrieben werden sollen, zeigt: den Grünen ging es nie um Umweltschutz.

Diplomatie

Die diplomatischen Bemühungen Deutschlands im Ukraine-Krieg sind nicht vorhanden. Statt die Möglichkeit zu nutzen, als neutraler Gesprächspartner auf Augenhöhe auf ein Kriegsende hinzuwirken, wurde verbal aufgerüstet. Da-

bei nehmen die Regierenden das Land in Geiselnhaft für ihre Fehlleistungen.

Blackout

Ein flächendeckender Stromausfall wird durch die Geschehnisse immer wahrscheinlicher. Das wissen auch die Bundes- und die Landesregierung und bemühen sich, ihren »Notfallplan«, die Energie-Triage, als Krisenpolitik zu vermarkten. Die AfD-Fraktion warnte schon frühzeitig vor einem Blackout.

Nadine Hoffmann



Unser Antrag dazu im Landtag:
Drucksache 7 / 4735

Die Rentner gehen wieder leer aus: Die Vergessenen

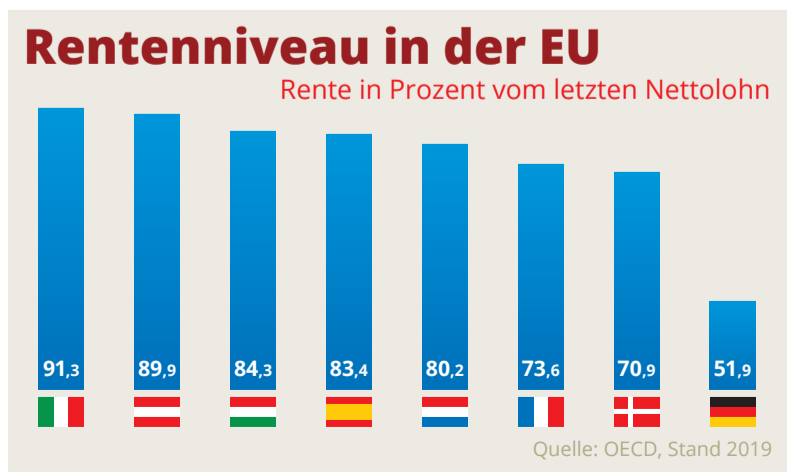
Nach einer OECD-Studie von 2019 liegt Deutschland im europäischen Rentenvergleich mit 51,9 Prozent im unteren Mittelfeld des Rentenniveaus – gerade älteren Menschen stehen in der

gegenwärtigen Krise also harte Zeiten bevor. Zum Vergleich: In unseren Nachbarländern Österreich und Frankreich erhalten Rentner 89,9 bzw. immerhin 73,6 Prozent ihres Verdienstes im Ruhestand. Deutsche Rent-

ner stehen jedoch nicht nur im europäischen Vergleich auf der Verliererseite, sondern auch bei den ohnehin kargen »Entlastungsleistungen«, mit denen die Bundesregierung den berechtigten Unmut der Bürger mehr schlecht als recht abfedern will.

Zwar hat es in diesem Jahr zum 1. Juli eine relativ großzügige Rentenerhöhung von bis zu 6,12 Prozent gegeben, diese gleicht aber die hohe Inflationsrate von fast acht Prozent nicht aus. Letztlich steht Rentnern also weniger Geld zur

Verfügung. Gemäß den Plänen der Bundesregierung gingen Bürger im Ruhestand auch bei der ohnehin knapp bemessenen Energiepauschale von 300 Euro leer aus. Das lässt sich nur durch einen Trick vermeiden: Wer sich als Rentner einen Tag in diesem Jahr als Minijobber anmeldet, kann die Pauschale beantragen. Dennoch bleibt es unwürdig, wie Menschen, die ihr ganzes Leben hart auch für die folgenden Generationen gearbeitet haben, heute in Deutschland behandelt werden. Zur Wertschätzung gehören nicht nur warme Worte, sondern auch eine geheizte Wohnung im Winter und eine faire Rente zum Lebensunterhalt.



MUT

Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 600 000 Stück

[f @afd-thl](#)
www.afd-thl.de
[@afd-landtags-tv](#)

AFD | FRAKTION THÜRINGEN



Bild: Chaolin Huangchaolin / iStock

Inflation:

Kaufkraftverlust

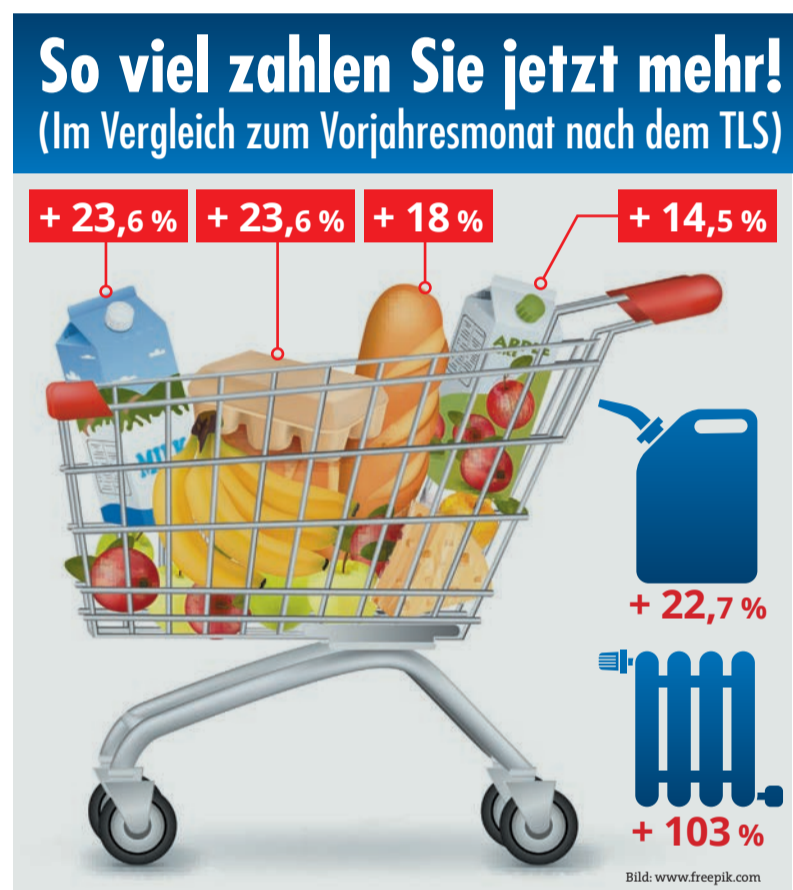
Im Laufe der letzten Monate hat die Inflation in Deutschland beängstigende Ausmaße angenommen. Noch im Juni 2021 lag die Teuerungsrate bei 2,3 Prozent. Bis Februar 2022 wuchs sie auf 5,1 Prozent an und stieg bis Mai auf 7,9 Prozent. Das rot-rot-grün regierte Thüringen ist besonders hart betroffen und stand im Mai 2022 an der traurigen Spitze aller Bundesländer mit einer Teuerung der Verbraucherpreise um 8,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Seitdem soll sie auf 8,1 Prozent im Juni und 7,6 Prozent im Juli gesunken sein. Doch was bedeuten diese abstrakten Zahlen konkret für jeden einzelnen Bürger? Die Inflationsrate gibt an, wie stark die Preise für Waren und Dienstleistungen innerhalb eines Jahres angestiegen sind.

Sie lässt sich für einzelne Produkte oder Produktgruppen bestimmen und fällt dabei sehr unterschiedlich aus. Die Gesamtinflation wird mithilfe eines festgelegten Warenkorb berechnet, der im Idealfall den Konsum eines Durchschnittsbürgers repräsentiert. Letztendlich hat jedoch jeder eine persönliche Inflationsrate, die davon abhängt, für welche Waren und Dienstleistungen man sein Geld ausgibt. Dabei macht es mitunter einen großen Unterschied, ob man mehr oder weniger wohlhabend ist, da Menschen, die weniger Geld zur Verfügung haben, anders konsumieren als Menschen mit höherem Einkommen. Wer weniger Geld pro Monat zur Verfügung hat, wird einen höheren Anteil davon für Konsumgüter des täglichen Bedarfs ausgeben, während Angehörige

der oberen Einkommenschichten mehr für Luxusprodukte oder Investitionsgüter aufwenden. Die persönliche

des leichten Rückgangs der Gesamtinflation in Thüringen die Teuerung bei Energie und Lebensmitteln unvermindert an-

(+62,9 Prozent), Gas (+53,2 Prozent) sowie feste Brennstoffe (+43,2 Prozent) die höchsten Anstiege verzeichneten. Die Kraftstoffpreise erhöhten sich um 22,7 Prozent. Weitere überdurchschnittliche Preissteigerungen wurden bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+14,5 Prozent) festgestellt. Deutlich über dem Vorjahresniveau lagen auch die Preise für Speisefette und Speiseöl (+44,5 Prozent), Molkereiprodukte und Eier (+23,6 Prozent), Brot und Getreideerzeugnisse (+18,0 Prozent) sowie Fleisch und Fleischwaren (+17,9 Prozent). Wer also sein Monatseinkommen zum großen Teil für Heizen, Sprit und Nahrung ausgibt, für den nimmt die Teuerung kein Ende.



Inflationsrate hängt also vom Geldbeutel ab. Das Landesamt für Statistik meldete, dass trotz

hält. Die Energiepreise stiegen um 34,5 Prozent, wobei Heizöl (+103,0 Prozent), Fernwärme



Unser Antrag dazu im Landtag:
Drucksache 7 / 5564

Die Kommunen schlagen Alarm: Wohnraumknappheit!

Seit März 2022 reisen monatlich 4.300 Ausländer aus der Ukraine, dem arabischen Raum und Afrika nach Thüringen ein. Die meisten von ihnen kommen über die »Ukraine-Route«. Darunter auch neuerdings Großfamilien von 50 bis 80 Personen mit ukrainischen Pässen, wie die *Thüringer Allgemeine* am 9. Juli 2022 berichtete. Diese müssen nun untergebracht werden. Im Jahr des größten Migrantenzuzuges 2015 zählte Thüringen monatlich im Durchschnitt 2.468 Einwanderer.

Die Folgen betreffen uns alle: In den Gemeinden und Städten gibt es keinen ausreichenden Wohnraum mehr. Künftig könnten auch priva-

te Wohnungseigentümer dazu verpflichtet werden, Migranten bei sich unterzubringen. Die Erfassung des Wohnraums bei der Volkszählung könnte hierzu die erforderlichen Daten liefern. Knapp werden auch Kindergarten- und Schulplätze für die eigene Bevölkerung. Das bedeutet in der Zukunft möglicherweise lange Schulwege und einen hohen Transportaufwand für Familien – bei gleichzeitig extremen Spritpreisen in Deutschland. Lokal wird laut Zeitungsmeldungen eine Häufung von Diebstahls- und Einbruchdelikten mit den jüngst eingereisten Großfamilien in Zusammenhang gebracht. Für Migranten aus der Ukraine wur-

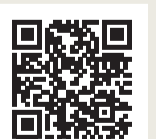
de in weitem Umfang das Sozialsystem geöffnet, was nicht nur eine Diskriminierung anderer Ausländer darstellt, die dagegen auf Gleichstellung klagen könnten. Die extreme Belastung des Sozialsystems wird mittelfristig dafür sorgen, dass es tatsächlich bedürftigen Menschen aus der eigenen Bevölkerung nur noch in eingeschränktem Umfang zur Verfügung steht.

Deutschland muss im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zur Neutralität zurückfinden, egal was die Amerikaner davon halten.

Die Solidaritätsforderungen von Politikern dürfen nicht auf dem Rücken



Schauen Sie dazu das Video:



und zulasten der Bedürfnisse der Thüringer erfüllt werden.

Eines sollte klar sein: Wer vielen Hunderttausenden Ausländern das Sozialsystem öffnet, bricht seinen Amtseid, seine ganze Kraft dem Wohle des eigenen Volkes zu widmen.

Verlogen, verschwiegen, vertuscht:

Krank durch Impfung

Bild: Maria Saifudinova / iStock

Der Bundesregierung ist sehr daran gelegen, das tatsächliche Ausmaß der COVID-19-Impfschäden zu verschleiern. Denn die Fakten sprechen für sich und stehen im Widerspruch zu allen Versprechungen, die den Bürgern im Rahmen der staatlichen Impfkampagne gemacht wurden. Das Bundesgesundheitsministerium unterschlägt auf seiner Internetseite die Information, dass die Impfstoffe nur bedingt zugelassen wurden, weil wichtige Daten zur Sicherheit und Wirksamkeit nicht vorlagen und nicht beigebracht werden konnten. Es sei »eine nebenwirkungsfreie Impfung«, erklärte Karl Lauterbach am 14. August 2021, und es gebe nur ein sehr geringes Risiko für schwerwiegende Nebenwirkungen mit einer Melderate von 0,2 Meldungen pro 1.000 Impfdosen

(BMG 21.07.2022). Tatsächlich liegt das Risiko für schwere Nebenwirkungen deutlich höher, nämlich bei grundimmunisierten Menschen mit zwei Impfdosen bei bis zu 1 zu 2.500, bei Geboosterten bei bis zu 1 zu 1.667 und bei Vierfach-Geimpften bei 1 zu 1.250. Beispielsweise meldet die Techniker Krankenkasse für ihre 11 Millionen Versicherten 437.593 behandlungsbedürftige Impfnebenwirkungen für das Jahr 2021. Das ist gegenüber den

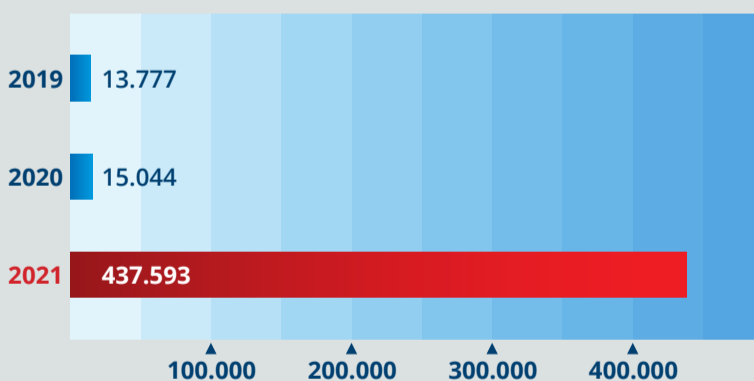
Jahren 2019 und 2020, als es die Corona-Impfung noch nicht gab, ein Anstieg um das 29-Fache und übersteigt deutlich die 244.576 offiziell durch das Paul Ehrlich-Institut gemeldeten Nebenwirkungen für die 64,7 Millionen geimpften Personen in Deutschland. Die jüngsten Daten entziehen den Argumenten für eine von der Pharmedia nach wie vor geforderte Impfpflicht jegliche Grundlage. Diese Daten stören nämlich die Geschäfte. Obwohl

sich das Ausmaß der Schäden immer klarer abzeichnet, hat die Bundesregierung inzwischen verbindliche »Pandemiebereitschaftsverträge« in Höhe von drei Milliarden Euro mit fünf Pharma-Unternehmen abgeschlossen, damit die Bevölkerung künftig schnell mit Impfstoffen versorgt werden kann. Da auch hier von verkürzten Zulassungsverfahren auszugehen ist, bleibt das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung weiterhin hoch.

Hier werden die Risiken vergesellschaftet und die Gewinne privatisiert. Die AfD-Fraktion spricht sich gegen jeden Impfwang aus, das beinhaltet auch die »einrichtungbezogene Impfpflicht« gegen die COVID-19-Erkrankung. Wir fordern, die Übergriffigkeit des Staates auf dem Gebiet der Medizin sofort zu beenden, und die Wiederherstellung der Grundrechte, insbesondere des Rechts auf körperliche Unversehrtheit.

Impfnebenwirkungen

TK-Versicherte, die wegen Impfnebenwirkungen in ärztlicher Behandlung waren



Quelle: Corona Blog, 27. Juli 2022. Die TK hat 11 Millionen Versicherte.

DIE CORONA-POLITIK WAR DIE EIGENTLICHE KATASTROPHE!

Lesen Sie dazu unsere ausführliche Bilanz der Maßnahmen. Sie können die Broschüre innerhalb Thüringens kostenlos bei info@afd-thl.de bestellen oder hier als PDF herunterladen:



Gewinnen Sie mit uns einen Tankgutschein!

Wir gratulieren den Gewinnern vom letzten Gewinnspiel!

Der Tank ist leer und der Monat noch lang? Die AfD-Fraktion hilft Ihnen bei der Weiterfahrt.

Wir verlosen **fünf Tankgutscheine im Wert von je 100 Euro** unter allen Teilnehmern mit der richtigen Lösung.

Die Techniker Krankenkasse stellte bei ihren Versicherten nach der Einführung der Corona-Impfung einen **drastischen Anstieg der Impfnebenwirkungen** fest. **Um welchen Faktor stieg der Anteil der Betroffenen?**

Um das **3-Fache**, um das **10-Fache** oder um das **29-Fache**?

Senden Sie uns Ihre Lösung mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse an gewinnspiel@afd-thl.de oder auf dem Postweg an die **AFD-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.**

→ Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2022.

Um an der Verlosung teilnehmen zu können, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach dem Einsendeschluss verlost und die Gewinner auf dem Postweg benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

